

GRUNDERWERB IM RAHMEN VON MAßNAHMEN AUS ERSATZZAHLUNGEN

HINWEISE FÜR ANTRAGSTELLER

Haben Sie Fragen zum Antrag oder zu
Fördermöglichkeiten der Stiftung?
Wir helfen Ihnen gerne weiter!

Telefon: 06131-16 50 70
kontakt@snu.rlp.de

1. Grundsätzliches

„Die Kosten für die Flächenbereitstellung können aus Mitteln der Ersatzzahlungen finanziert werden.“
(s. Fachkriterien Nr. 4.2¹).

Hierunter fällt der Erwerb von Grundstücken, die im Rahmen einer Maßnahme aus Ersatzzahlungen aufgewertet werden sollen. Grundsätzlich stellt dies eine geeignete Möglichkeit dar die Flächen für die entsprechenden Zwecke und den Zugriff nachhaltig zu sichern. Nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind jedoch auch mögliche Flächenankäufe im Rahmen einer Maßnahme zu bewerten und abzuwägen. Folgende Fragen sollten hierzu beachtet werden:

- Ist der Erwerb in Bezug auf die naturschutzfachliche Aufwertbarkeit bzw. die Bedeutung für die Ersatzzahlungsmaßnahme erforderlich?
- Kann und will der neue Eigentümer die Verantwortung und ggf. die Folgekosten, welche das Eigentum mit sich bringt (z. B. Unterhaltung, Grundsteuer), leisten?

2. Ankaufsberechtigte

Prinzipiell können alle in Nr. 3.3 der Fachkriterien¹ genannten Antragsteller auch als Käufer einer Fläche im Rahmen einer Maßnahme aus Ersatzzahlungen fungieren. Sollte der Erwerb jedoch zugunsten eines anderen als dem Antragsteller erfolgen, so ist hier vorrangig der Ankauf zugunsten einer Kommune zu prüfen. Wenn Antragsteller wie auch Kommune(n) den Ankauf zu ihren Gunsten ablehnen, das Projekt ohne Ankauf aber nicht realisierbar ist, so kann in einem letzten Schritt der Ankauf zugunsten des Landes Rheinland-Pfalz geprüft werden. In diesem Fall stimmt sich der Antragsteller zunächst mit der SNU ab, bevor die weiteren Schritte unternommen werden.

3. Erstattungsfähige Kosten

Die Kosten eines Grunderwerbs müssen grundsätzlich in einem angemessenen Verhältnis zu dem aus den Maßnahmen erwarteten naturschutzfachlichen Nutzen stehen. Kaufpreise werden in der Regel bis zur Höhe des aktuellen amtlichen Bodenrichtwerts erstattet. Sofern der im Rahmen des Flächenerwerbs verhandelte Preis den Bodenrichtwert überschreitet, ist grundsätzlich eine hinreichende Begründung erforderlich. Über den Bodenrichtwert hinausgehende Mehrkosten können für Acker- und Grünlandflächen nach Maßgabe der nachstehenden tabellarischen Aufstellung erstattet werden. Über den Erstattungsbetrag hinausgehende Kosten sind letztlich vom Zuwendungsempfänger selbst zu tragen oder im Einzelfall durch ein aktuelles Gutachten eines öffentlich bestellten und vereidigten oder zertifizierten Gutachters zu belegen. Ebenso kann ein Nachweis vom Gutachterausschuss über vergleichbare Erwerbsfälle in der Gemarkung vorgelegt werden. Ausgaben zur Erstellung etwaiger Gutachten sind nicht finanziert.

¹ Einzusehen und downloadbar unter <https://snu.rlp.de/foerderungen/massnahmen-aus-ersatzzahlungen/>

Bei dem Erwerb von Grünland- und Ackergrundstücken sind die erstattungsfähigen Kosten grundsätzlich wie folgt zu beurteilen:

<u>Verhandelter Preis</u>	<u>Erstattungsfähige Kosten</u>
Kaufpreis Grünland $\leq 2,00 \text{ EUR/m}^2$	bis zum 2-fachen
Kaufpreis Ackerland $\leq 5,00 \text{ EUR/m}^2$	des Bodenrichtwerts
Kaufpreis Grünland $> 2,00 \text{ EUR/m}^2$	bis zum 1,5- fachen
Kaufpreis Ackerland $> 5,00 \text{ EUR/m}^2$	des Bodenrichtwerts

Bei Wald, Sonderkulturen sowie sonstigen Nutzungen von Grundstücken ist eine einzelfallweise Be- trachtung erforderlich. Die erstattungsfähigen Kosten sind hier vor einer Antragstellung abzuklären.

Des Weiteren sind folgende Kaufnebenkosten erstattungsfähig:

- Grunderwerbsteuer
- Notar- und Gerichtsgebühren
- Kosten für die Grundbucheintragung
- Vermessungskosten (nach Erfordernis)

4. Finanzierungsbedingungen

Zustand

- Grundstücke sind grundsätzlich lastenfrei zu erwerben.
- Die Finanzierung des Erwerbs von Grundstücken, die sich in öffentlicher Hand befinden, durch die öffentliche Hand ist nicht möglich.
- Die Finanzierung eines Grunderwerbs, in dessen Rahmen Vereinbarungen im Kaufvertrag zu Rückauflassungen und Rückübertragungen getroffen werden, ist nicht möglich.
- Eventuelle Vorkaufsrechte jeglicher Art sind möglichst vor Schließung eines Kaufvertrags bis spätestens vor dessen Beurkundung abzuklären und notwendige Genehmigungen ggf. einzuholen (vgl. § 2 Abs. 1 GrdstVG; § 34 LNatSchG).
- Risiken sollten vorher untersucht und ggf. dargelegt werden. Dies betrifft insbesondere Altab- lagerungen, Munitionsbelastungen und Rückstände vorheriger Nutzungen. In Bezug auf bauli- che Altlasten wie z. B. Zäune, Hütten etc. sind im Rahmen der Antragstellung Nachweise zu erbringen, dass keine Rückbauverpflichtung des Erbauers o.ä. besteht. Im Einzelfall wird eine Abwägung zwischen naturschutzfachlicher Notwendigkeit und Risikohöhe getroffen.

Sicherung

- Mit Ersatzzahlungsmitteln erworbene Flächen sind grundsätzlich dauerhaft dinglich zu sichern. Dies erfolgt durch die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zugunsten der SNU im Rahmen des Kaufvertrags.
- Sollte der Antragsteller nicht der neue Eigentümer sein, so ist mittels Überlassungsvertrag, Gestattungsvertrag oder vergleichbarem der Zugriff des Antragstellers auf die Fläche mindestens für die Zeit der Ersatzzahlungsmaßnahme zu vereinbaren und sicherzustellen.

Ablauf

- Der Ankauf von Flächen ist – wie andere Maßnahmen auch – innerhalb des Bewilligungszeitraums für die Maßnahme aus Ersatzzahlungen abzuwickeln. Sollte ein Kaufvertrag vor Maßnahmenbeginn unter der aufschiebenden Bedingung des Eintritts einer Finanzierungszusage gestellt worden sein, so sind die Kosten für den Grunderwerb schon, die hierfür angefallenen Notargebühren jedoch nicht erstattungsfähig.
- Der Erwerb von Flächen im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens ist grundsätzlich möglich. Die Art und Weise der Einbindung in eine Maßnahme aus Ersatzzahlungen ist im Vorhinein zu klären, da Flurbereinigungsverfahren teilweise über lange Zeiträume angelegt sind, sodass abgeschätzt werden muss, wann die neue Flächenzuteilung erfolgt und dadurch auch wann die eigentliche Naturschutzmaßnahme durchgeführt werden bzw. ob im verbleibenden Maßnahmenzeitraum noch eine naturschutzfachliche Aufwertung erzielt werden kann.

Sonstige Vorgaben

- Im Rahmen des Bewilligungsbescheids für die Maßnahme aus Ersatzzahlungen können ggf. weitere Bestimmungen in Bezug auf den Flächenerwerb auferlegt werden. Diese sind zu beachten.
- Die im Zuge des Projekts erworbenen Flächen dürfen ohne vorherige Zustimmung der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz nicht weiterveräußert werden.
- Zur Überprüfung der dem Zuwendungszweck gemäßigen Erhaltung der Maßnahmenflächen ist Angehörigen und Beauftragten der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz, der Naturschutzbehörden, des Landesamts für Umwelt Rheinland-Pfalz und des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz das Betreten der Grundstücke jederzeit zu gestatten.